Erscheint Mittwoch und Samstag. Bezugspreis monatlich 1.25 Mark. Anzeigenpreis für die 12-gespaltene 25 mm breite Petitzeile 0.25 Mark. Familien-Anzeigen 0.10 Mark Redaktionsschluß: Am Erscheinungstage 12 Uhr.

Kölner
Jüdisches Wochenblatt

Erscheint 2 mal in der Woche!

Redaktion und Geschäftsstelle Köln, Dasselstraße 59. Telefon Anno 21 94 01, Postscheckkonto Köln Nr. 54065. Für Erscheinen der Anzeigen an [illegible]timmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr [illegible] [illegible]ei Klagen gilt die Zuständigkeit des [illegible]ichts Köln als vereinbart.

Ein Centralorgan für die Juden in Rheinland und Westfalen

Nr. 7. 9. Jahrgang | Köln, 7. Febuar 1931 — כ שבט תר״צ״א | Einzelnummer 20 Pfg.

Terror an der Wiener Universität

Wien, 3. Februar.

Am Montag, den 2. Februar, mittags, war die Wiener Universität abermals der Schauplatz wüster antisemitischer Ausschreitungen der Hakenkreuzstudenten, die durch ein provozierendes Verhalten des wegen seiner antisemitischen Gesinnung bekannten Rektors der Universität, Professor Ueberberger, gegenüber dem fortschrittlichen Teil der Studentenschaft hervorgerufen worden waren. Demokratische und sozialdemokratische Studenten forderten in einem Aufruf zur Wahlenthaltung bei den am Donnerstag stattfindenden Wahlen zur Studentenkammer auf. Der Rektor hat die Anbringung der Plakate im Universitätsgebäude verboten und in einem „Aufruf an die Deutsche Studentenschaft" erklärt, der Inhalt dieser Plakate sei für die akademischen Behörden beleidigend und provoziere die große Mehrheit der Studenten. Die fortschrittliche Studentenschaft ließ nun die Plakate an den Kandelabern vor dem Universitätsgebäude anbringen. Die Kundgebung des Rektors ermutigte die reaktionäre und nationalsozialistische Studentenschaft zu Skandalen. Sozialdemokratische und jüdische Studenten wurden vor dem Universitätsgebäude von Hakenkreuzlern überfallen. Es kam zu großen Schlägereien. Polizei schritt ein und trennte die Kämpfenden. Hierauf zogen Studenten mit dem Hakenkreuz auf dem Arm in die einzelnen Hörsäle. Sie rissen während der Vorlesungen die Türen auf und brüllten in die Säle hinein: „Juden raus! Juda verrecke!" Im Chemischen Institut der Universität wurden jüdische Studenten aus den Sälen hinausgeworfen, die gesamte Einrichtung der Säle wurde demoliert. Auch in der Universitätsbibliothek veranstalteten Hakenkreuzler einen Skandal, so daß die Bibliothek geschlossen werden mußte. Im Verlauf des Nachmittags griffen die Unruhen auf die Technische Hochschule über.

Weniger jüdische Studierende

Der Anteil der deutschen Juden an der Studentenschaft in der Zeit von 1911 bis heute weist merkwürdige Veränderungen auf. Die jüdische Bevölkerung in Preußen stellte 5,5 v. H. der gesamten reichsdeutschen Studentenschaft an den preußischen Universitäten: so überaus groß war das Streben nach Berufen mit akademischer Vorbildung unter ihren Söhnen, denen doch bekanntlich der Zugang zu zahlreichen Beamtenlaufbahnen verschlossen war. Dieses Streben ist heute gewiß nicht geringer geworden, aber die Zahl der jüdischen Studenten hat sich vor allem durch die Verarmung des jüdischen Mittelstandes so wenig vergrößert, daß sie jetzt nur noch etwa 3,4 v. H. an den preußischen und nur noch 3 v. H. an sämtlichen Universitäten des Reiches ausmachen.

Im Jahre 1911 stellten die jüdischen weiblichen Studierenden etwa 10 v. H. aller reichsdeutschen Studentinnen in Preußen. Es ist nur natürlich, daß die ungleich stärkere Zunahme der christlichen Studentinnen seitdem sich u. a. auch in dem relativen Sinken der jüdischen Beteiligungsziffer auswirkte; der Anteil der reichsdeutschen jüdischen Studentinnen an den preußischen Universitäten beträgt heute noch etwa 6,2 v. H., an sämtlichen deutschen Universitäten nur noch 6,1 v. H. Somit ist festzustellen, daß die männlichen sowohl wie die weiblichen jüdischen Studierenden in Preußen und im ganzen Deutschen Reich im Vergleich mit den beiden großen christlichen Konfessionen seit 1911 dauernd und stark zurückgehen.

Diese rückläufige Bewegung innerhalb der gesamten jüdischen Studentenschaft kommt besonders deutlich in den einzelnen Studienfächern zum Ausdruck. Jurisprudenz und Medizin galten früher und gelten auch heute noch vielfach als bevorzugte Domänen jüdischer Studierender. Mit wie wenig Recht, zeigt nachstehende Uebersicht: 1911 studierten an den Universitäten Preußens Jurisprudenz 10,3 v. H. Juden, Medizin 12,8 v. H., Philosophische Wissenschaften 3,3 v. H. Juden. 1930 studierten in Preußen Juri[illegible] [illegible] Juden. 1930 studierten an den Universitäten des ganzen Reichs Jurisprudenz 5,1 v. H., Medizin 5,9 v. H., Philosophische Wissenschaften 2,1[illegible] v. H. Juden. Im gesamten Reich sind demnach die Anteilzahlen der deutschen Jüdischen Studierenden an den Universitäten in den letzten 20 Jahren noch stärker zurückgegangen als in Preußen.

Wesentlich niedriger noch ist die Zahl des jüdischen Nachwuchses auf den übrigen wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands. Auf den landwirtschaftlichen und forstlichen Hochschulen, den Bergakademien und pädagogischen Akademien sind Juden so gut wie gar nicht vertreten, an den technichen Hochschulen in Preußen beträgt ihr Anteil 2,3 v. H., im Reich nur 1,72 v. H., an den Handelshochschulen 2,8 v. H. bzw. 2 v. H.

Zweimal wöchentlich!

Ab 1. Februar erscheint das Kölner Jüdische Wochenblatt zweimal wöchentlich und zwar jeweils am Mittwoch und Samstag. Der Entschluß ist dem Verlage nicht leicht gefallen; in einer Krisenzeit wie der jetzigen bedarf es, das wissen wir, der Anspannung aller Kräfte. Wir wissen aber auch, daß noch nie zuvor die jüdische Gemeinschaft in Deutschland unter einem solchen äußerem Drucke stand wie jetzt, und daß es gilt, sowohl den Abwehr- als auch den Aufbauwille von jüdischer Seite auf das stärkste zu dokumentieren. Eine Wochenausgabe kann diesen Ansprüchen nicht mehr genügen. Darum entschlossen wir uns zu einer zweimaligen Ausgabe. Wir hoffen, daß wir auf die Treue und den Zusammenhalt unserer Leser rechnen dürfen. Die Richtung unseres Blattes bleibt unverändert, [illegible] wir werden mehr [illegible] Wichtigste aus den jüdischen Zentren in Deutschland und in der Welt bringen; daneben auch, wie bisher, unser Augenmerk auf ein gepflegtes Feuilleton richten.

Der monatliche Bezugspreis, bei freier Zustellung, beträgt 1.25 M. Der Betrag wird auf Wunsch monatlich durch unsere Boten, also nicht mehr durch Nachnahme für ein Quartal eingezogen. (Das Letztere kann nur auf besonderen Wunsch erfolgen.) Bei denjenigen Abonnenten, die bereits für Februar und März bezahlt haben, werden wir uns erlauben, den differenzierenden Betrag (pro Monat 0.40 M.) durch besondere Quittung zu erheben. Außerhalb Kölns und seiner Vororte erfolgt die Zusendung und der Einzug des Bezugpreises durch die Post.

Verlag und Redaktion.

Die Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände

Berlin, 3. Februar.

Amtlich. Nach einer etwa halbjährigen Pause trat die Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände des Deutschen Reiches am 1. Februar 1931 in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Präsident des Preußischen Landesverbandes, Kammergerichtsrat Leo Wolff. Die Verhandlungen hatten zum Teil vertraulichen Charakter und betrafen, entsprechend dem Geschäftskreis der Arbeitsgemeinschaft, solche Angelegenheiten, die für alle deutschen Juden von Bedeutung sind.

Wie der Vorsitzende einleitend mit dem Ausdruck des Bedauerns feststellte, konnte eine Aussprache über die Schaffung eines Reichsverbandes nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil mit Rücksicht auf die im Preußischen Landesverband inzwischen erfolgten Neuwahlen es in der verflossenen Zeit nicht möglich war, die von diesem Verbande zu leistenden Vorarbeiten genügend zu fördern.

Eine eingehende Besprechung, an der sich die Vertreter aller Landesverbände beteiligten, wurde dem gegenwärtigen Stande der Schächtfrage gewidmet. Mit den von dem Rat des Preußischen Landesverbandes am 11. Januar 1931 gefaßten Beschlüssen erklärte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft einverstanden. In dem zusammen mit dem Büro für Schächtangelegenheiten und dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu bildenden Komitee wird sich der Preußische Landesverband, zugleich als Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft, an den Beratungen und Entschließungen über die zu treffenden Maßnahmen beteiligen.

Der Preußische Landesverband hat beschlossen, die von mehreren Stellen eingeleiteten Schritte, um den durch die geplante Reform des Kalenders für die Erhaltung des Sabbaths drohenden Gefahren zu begegnen, zu unterstützen. Dieser Beschluß wurde gutgeheißen und zugleich ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der sich mit den einschlägigen Fragen beschäftigen soll.

Sehr eingehend wurde die Ausgestaltung und Neuordnung des Religionsunterrichtswesens und die Schaffung von geeigneten Lehrbüchern behandelt. Es wurde allseitig anerkannt, daß auf diesem Gebiet grundlegende Aenderungen nötig sind. Der früher von der Arbeitsgemeinschaft eingesetzte Ausschuß wurde beauftragt, seine Arbeit unter Zuziehung von Fachgelehrten fortzusetzen, und vor allem auch die allgemeinen Bedingungen und Richtlinien für die Ausarbeitung der Lehrbücher festzulegen.

Anschließend an frühere Beratungen wurden die bisherigen Ergebnisse der von dem Preußischen Landesverband zur Linderung der jüdischen Wirtschaftsnot getroffenen Maßnahmen besprochen.

Die Erhaltung des in Marburg bestehenden Heilerziehungsheims, welche aus Mangel an Mitteln gefährdet ist, soll dadurch gewährleistet werden, daß die in der Reichsarbeitsgemeinschaft vereinigten Landesverbände sich gemäß den vor einiger Zeit an Ort und Stelle getroffenen Vereinbarungen mit angemessenen Beiträgen beteiligen.

Abgesehen von der Behandlung einiger besonderer Angelegenheiten, wurde endlich noch über die schwierigen Verhältnisse [illegible] ganze Lebe[illegible] verbänden, insbesondere i[illegible] [illegible]raten. [illegible] [illegible]ische Landesverband wurde mit den Vorarbeiten für die Errichtung eines Hilfsfonds für notleidende Landesverbände beauftragt und ersucht, die erforderlichen Schritte sofort einzuleiten.

Die Versammlung, welcher ein außerordentlich reiches Material zur Beschlußfassung unterbreitet war, wurde nach zehnstündiger Dauer erst in den Abendstunden geschlossen.

Die Pflicht, zu helfen

In dieser schweren Zeit, in der der jüdischen Gemeinschaft in höherem Grade als sonst Aufgaben verschiedenster Art als dringlich und unaufschiebbar erscheinen sollten, ist es die Pflicht jedes Juden mit Verantwortungsgefühl, an die Front des jüdischen Lebens zu gehen, um angesichts der dringenden Nöte mitzuwirken. Aus diesem Grunde machen jetzt viele Menschen den Versuch, die Volksgenossen, die ein gütiges Schicksal vorläufig noch davon verschont hat, in eine ungewisse Zukunft zu blicken, an ihre Pflicht gegenüber der eigenen Gemeinschaft zu mahnen. Nun ist es bezeichnend, — nicht nur für den jüdischen Einzelmenschen, sondern auch für den Nichtjuden in vielleicht noch höherem Grade, — daß er jetzt im Kampfe des Alltags wenig Muße aufzubringen fähig ist, sich die Zusammenhänge klarzumachen, die ihn an seine Schicksalsgemeinschaft binden. Diese Erscheinung ist insbesondere in Deutschland zu beobachten. Als im Jahre 1914 der Weltkrieg ausbrach, gab es in England eine Menge Personen, nicht nur führende Gestalten, sondern auch Männer „on the street", die freiwillig einen großen Teil ihres Vermögens dem Schatzamte der englischen Regierung zur Verfügung stellten, weil diese Menschen dartun wollten, daß die große Sorge der Gemeinschaft auch ihre persönliche Sorge ist, und daß sie nicht nur den Teil leisten wollen, der auf sie kraft des Gesetzes und der behördlichen Verfügung entfällt, sondern darüber hinaus noch einen Beitrag, der ihrer höheren Einsicht in die Verbundenheit des Einzelnen mit der Gemeinsachft entspricht. Es ist frag-

lich, ob ähnliche Beispiele auch aus anderen Ländern für jene Zeit erwähnt werden können. Auch bei der jüdischen Gemeinschaft wurde früher die Schicksalsverbundenheit mit den Volksgenossen in der ganzen Welt stärker empfunden als bei anderen Gemeinschaften, und noch heute ist auf Grund der jüdischen Tradition die Verpflichtung, freiwillig zu helfen, bei den Juden reger als bei anderen Völkern. Aber diese im allgemeinen bei den Juden stärker ausgeprägte Eigenschaft, in der Abwehr drohender Gefahren zusammenzustehen, ist auch nicht in allen Ländern, wo Juden in größerer Zahl siedeln, gleich. Sie tritt, schärfer oder schwächer in Erscheinung, je nachdem es in einem bestimmten Lande oder einem bestimmten Orte eine stärker oder schwächer ausgeprägte jüdische Meinung, ein stärkeres oder schwächeres jüdisches Gemeinschaftsleben, ein lebendigeres oder schwächeres jüdisches Milieu gibt. Dementsprechend findet man in Ländern, in denen die Wirtschaftslage der Juden sehr schlecht ist, aber noch ein lebendiges Gemeingefühl vorhanden ist, eine höhere Opferfreudigkeit für jüdische Volkszwecke als in anderen Ländern, in denen trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise die objektiven Möglichkeiten für die Aufbringung größerer Summen zu allgemeinen Volkszwecken größer sind.

Die Situation des Aufbauwerkes in Palästina, jener gigantischen Aufgabe, welche in der gegenwärtig lebenden jüdischen Generation und nicht nur für diese, sondern auch für die Generationen, die nach ihr folgen werden, Zentral-Aufgabe zur Garantierung des jüdischen Volksbestandes sein sollte, erheischt gerade in dieser Zeit der gespannten politischen Lage besondere Aufmerksamkeit. Das jüdische Volk hat in den letzten Jahren trotz unzweifelhafter Erfolge in der ganzen Welt — Erlangung der Gleichberechtigung in den ganzen Kulturländern, zum erstenmal in der Diaspora-Geschichte, die Erreichung der Anerkennung des jüdischen Rechtes auf ein nationales Heim — Gelegenheit gehabt zu erkennen, daß der wesentliche Faktor bei der Durchsetzung seiner Ansprüche und bei der wirklichen inneren und äußeren Befreiung, die jüdische Selbsthilfe ist. Keine politische Konstellation und kein Volk der Welt, auch das mächtigste nicht, sind imstande, bzw. ernstlich gewillt, den Juden radikal zu helfen. Das vermögen sie nur allein. Diese in den Anfängen des Zionismus ausgesprochene Erkenntnis ist wahr geblieben bis auf den heutigen Tag. Auch heute hängt die Hauptsache von den Juden selbst ab. Das gilt für alle in Frage kommenden politischen Aktionen in allen Ländern der Welt; das gilt für alle Hilfsarbeiten, die im Interesse der jüdischen Gesamtheit unternommen werden, und das gilt natürlich auch für den Palästina-Aufbau.

Sie [illegible] letzten Monaten d[illegible] lichung des Weißbuches, das eine veränderte ungünstige Politik der britischen Mandatarmacht in Palästina ankündigte, eine große Erschütterung erfahren, aber auch eine heilsame Ernüchterung erlebt. Es ist denkbar und wahrscheinlich, daß die britische Regierung zu einer Revision ihrer im Weißbuch eingenommenen Haltung gelangen wird. Gesetzt den Fall, daß diese Wandlung eintreten sollte — was wäre dann damit gewonnen? Werden denn dadurch die Notwendigkeiten des Palästina-Aufbaues verringert sein? Werden die Bedürfnisse bei der Fortführung des Werkes kleiner werden? Wird denn der Zwang, das Bestehende, wenn es auch jetzt infolge der ungünstigen Wirtschaftslage in der Welt nicht vergrößert werden kann, in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten, fortfallen? Werden wir dann der Notwendigkeit entbunden sein, von unserer Seite aus das Zentral-Problem des jüdischen Aufbaues, die Schaffung erträglicher Beziehungen zu den Arabern, zu lösen?

Ohne Rücksicht auf die politische Lage bleibt der Bedarf bei der Finanzierung des Aufbauwerkes bestehen. Er wird in der Aufbringung der freiwilligen Leistungen wesentlich erschwert durch eine ungünstige Situation, er wird erleichtert durch eine günstige Konstellation. Die Aufbringung als solche aber bleibt ein hartes Muß, unbekümmert um die jeweilige politische Lage. Diese Ueberlegungen sind es, welche Menschen, die sonst den direkten Sammel- und Werbe-Geschäften fern standen, veranlassen, auf sich die Last dieser in der vordersten jüdischen Front notwendigen Arbeit zu übernehmen. Bei dieser Gelegenheit kann man in Deutschland verschiedene Erfahrungen machen. Die Zersetzungs-Erscheinungen in der jüdischen Gemeinschaft sind außerordentlich weit gediehen. Trotz der innerpolitischen deutschen Ereignisse mit ihrem ungeheueren Aufschwung der radikalen antisemitischen Bewegung, trotz jahrelanger Organisationsarbeit verschiedener jüdischer Richtungen ist es noch immer nicht gelungen, die Zahl der Indifferenten innerhalb des deutschen Judentums auch nur im bescheidensten Grade für jüdische Dinge zu interessieren. Es ist stets derselbe Kreis, an den man sich wendet, und was noch schlimmer ist, es besteht stets die gegenseitige Abschließung der verschiedenen Richtungen innerhalb der in irgendeinem Umfange jüdisch Interessierten. Kein Zentralvereinler findet es für nötig, in eine zionistische Versammlung zu gehen, keinem Zionisten erscheint es angebracht, sich einen Gegner anzuhören. Fast niemals sieht man einen Westjuden bei einer ostjüdischen Zusammenkunft. Nur sehr wenige Ostjuden haben den Mut, an westjüdischen Aktionen teilzunehmen. Und gerade diejenigen, die wirtschaftlich gesichert sind und finanziell in der Lage wären, ihrer jüdischen Pflicht gegenüber jüdischen Notwendigkeiten nachzukommen, gerade diese Elemente halten sich überhaupt von jeder jüdischen Sache fern.

Woran dieses wohl liegen mag? Zweifellos ist es ein Kennzeichen einer fortgeschrittenen Desinteressierung in jüdischen Dingen, einer ausgesprochenen Entjudung. Diese ist hauptsächlich durch äußere Umstände herbeigeführt worden. Eine große Rolle spielte aber auch eigene jüdische Schuld. Man hat es nicht verstanden, im Laufe der vergangenen Jahre, Erziehungsarbeit in der jüdischen Gemeinschaft zu leisten. Wenn es irgend einen berechtigten Vorwurf gegen die bisher im Leben der deutschen Juden die ausschlaggebende Rolle spielenden Richtungen gibt, so ist es der, daß unter ihrer Herrschaft der Prozeß der Desinteressierung und Entjudung rapide Fortschritte machen konnte. Das liegt und lag nicht nur an den in Anwendung gebrachten Werbe-Methoden. Der Hauptgrund lag in der Ideologie, die zu wenig Werbekraft in sich hatte, zu wenig Fühlung mit dem realen Leben, zu wenig Schwung, um Menschen ganz zu gewinnen. Wenn man Jahrzehnte lang von der Masse der jüdischen Bevölkerung nur wenig verlangt, ihr das Judesein so billig wie möglich macht, so kann man sich dann nicht wundern, daß sie in Zeiten erhöhten Bedarfs und vergrößerter Gefahr das Verhalten konserviert, daß sie Jahrzehnte hindurch geübt hat. Liberalismus und Centralverein haben Jahrzehnte ihre Politik in jüdischen Dingen darauf abgestellt, das Judentum den Juden mundgerecht zu machen, ihnen einzureden, daß aus der Tatsache des Judeseins keine besonderen Verpflichtungen höherer Art gegenüber dem Judentum resultieren. Wenn nun ein Augenblick kommt, wo man gezwungen ist, durch den Druck der äußeren Entwicklung an diese Pflicht zu wahren, so macht man in Deutschland die Erfahrung, daß der größte Teil der Juden überhaupt nicht mehr erreichbar ist.

Diesen Zustand konnte natürlich der Zionismus im Laufe der wenigen Jahre seiner Wirksamkeit nicht grundlegend ändern. Darum findet man auf dem Wege der Werbung für die Nöte des Palästina-Aufbaus außerhalb der engen Kreise der zionistisch Organisierten wenig Verständnis, nicht weil diese Peripherie gegenüber dem Zionismus gegnerisch und gegenüber dem Palästinaaufbau feindselig eingestellt wäre. Trotz der Parteikämpfe, trotz der Diskussionen haben weite jüdische Kreise überhaupt keine Ahnung von jüdischen Problemen. Sie sind ebensowenig für den Palästinaaufbau zu haben wie für andere konstruktive jüdische Dinge. Sie sind höchstens bereit, eine milde Gabe im Geiste der Philantropie zu geben. Darüber hinaus geben sie weder Seele noch Gemüt noch das Opfer des Nachdenkens.

Man tröste sich nicht darüber hinweg, daß die jüdische Gemeinschaft verhältnismäßig viel mehr als alle anderen Gemeinschaften in der Welt freiwillig für charitative und andere Zwecke Geld aufbringt. Die anderen Gemeinschaften haben es nicht nötig; für sie sorgen die Zwangsorganisationen. Wir Juden sind sozusagen ein freiwilliger Verband, der aus eigenem Antrieb Aufgaben zu erledigen hat, die ihm von keiner Zwangsorganisation abgenommen werden. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist die, absolut genommen, respektable Leistung, bezogen auf die Bedürfnisse, gering. Trotzdem wäre es verfehlt, die objektiven Möglichkeiten und die potentielle Bereitschaft der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland für die Zwecke der Selbsthilfe ernstlich in Zweifel zu ziehen. Höhere Anstrengungen, umfassendere Erziehungsarbeit, die sich natürlich nicht sofort auswirken werden, sind der Schlüssel zu späteren Erfolgen. Allerdings wird dadurch die Not der Gegenwart nicht behoben.

Hat Amerika es besser?

New York, 30. Januar.

In New York fand eine außerordentliche Konferenz des Verbandes der jüdischen Wohlfahrtsgesellschaften in Amerika statt. Die Konferenz hat beschlossen, im Hinblick auf die infolge der Wirtschaftskrise verschärfte Notlage weiter jüdischer Kreise außerordentliche Maßnahmen zur Fortführung der von den Wohlfahrtsgesellschaften und ihren Institutionen geleisteten sozialen Arbeit zu treffen. Die [illegible] Verbände [illegible] geschlossenen Gesellschaften und Intitutionen erreichen insgesamt die Summe von 30 Millionen Dollar. In den letzten Jahren konnte diese Summe stets mit Leichtigkeit aufgebracht werden. Nunmehr aber ist einerseits mit einer Vermehrung der Ansprüche an die Gesellschaften infolge der allgemeinen Notlage, andererseits mit einem Sinken der Eingänge zu rechnen. Die sozialen Institutionen sehen sich vielfach neuen Aufgaben gegenübergestellt, zu deren Lösung weitere Mittel erforderlich sind. Es muß damit gerechnet werden, daß noch lange nach Ueberwindung der schwersten Phase der gegenwärtigen Wirtschaftskrise soziale Probleme zu lösen sein werden, die früher nicht bestanden: Demoralisierung durch langandauernde Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Schäden, Zerstörung des Familienlebens usw.

Die Konferenz nahm ferner die folgende Resolution an: Im Hinblick auf das Fehlen jeder Art Vorkehrungen seitens der Regierung und der Industrie gegen die Arbeitslosigkeit und die durch sie hervorgerufene Verelendung ist es die dringende Pflicht der organisierten jüdi[illegible] Fürsorge, den Kampf gegen [illegible] und Verelendung zu verstärken. Die jüdischen Organisationen müssen an der allgemeinen Hilfsarbeit teilnehmen und eine Zusammenarbeit mit allen Körperschaften, die sich die Bekämpfung der Wirtschaftsnot zur Aufgabe gesetzt haben, anstreben. Da es sich gegenwärtig nicht um eine vorübergehende Depression, sondern um einen durchgreifenden wirtschaftlichen Umschwung handle, seien die Vereinigungen und Institutionen berechtigt, alle Reservefonds für Hilfszwecke zu verwenden. Verbände, die nicht allzusehr mit Defiziten belastet sind, sollen berechtigt sein, sogar Anleihen zu machen, um die ungeschmälerte Fortsetzung der sozialen Arbeit zu ermöglichen.

Prozeß gegen Pogromisten

Kowno, 29. Januar.

Laut amtlicher Verlautbarung wird in einigen Tagen vor dem Kreisgericht von Kowno der Prozeß gegen 17 Mitglieder der faschistischen Organisation „Eisernen Wolff" die unter der Anklage stehen, den Pogram in Slobodka im August 1929 organisiert zu haben, eröffnet werden. Im Falle eines Schuldspruches droht den Angeklagten eine sechsjährige Kerkerstrafe.

Die antijüdischen Exzesse in Slobodka, einer Vorstadt von Kowno und Sitz der berühmten Slobodkaer Jeschiwah, dauerten vom Abend des 1. August bis in die Nacht des 3. August 1929. Am 1. August 11 Uhr abends nahm eine starke Abteilung bewaffneter Faschisten im Zentrum von Slobodka Aufstellung und forderte alle Passanten zur Ausweisleistung auf. Alle vorüberkommenden Juden wurden zurückgehalten und geschlagen. 65 Juden, darunter angesehene Bürger von Slobodka, wurden schwer mißhandelt. Die zu Hilfe gerufene Polizei sah dem Treiben der Faschisten untätig zu, einzelne Schutzleute beteiligten sich sogar an den Ausschreitungen.

Wegen der Vorfälle in Slobodka wurde der damalige Leiter der Sicherheitsabteilung der litauischen Polizei M. Staskewitsch von seinem Posten enthoben. In weiten Kreisen war man der Ansicht, daß Staskewitsch von den eigentlichen Schuldigen, die in weit höheren Kreisen zu suchen waren, bloß als Sündenbock vorgeschoben worden war. Man hielt auch den damaligen Ministerpräsidenten M. Woldemaras für mitschuldig an den Ereignissen, obwohl dieser wiederholt jüdischen Deputationen, darunter der Exekutive des Rates für die Verteidigung der jüdischen Rechte, die Versicherung abgegeben hatte, er würde alle erdenklichen Anstrengungen machen, um die Schuldigen der verdienten Bestrafung zuzuführen.

Als einen Monat später das Regime Woldemaras gestürzt wurde und der gegenwärtige Ministerpräsident Tubilis an die Spitze der Regierung trat, löste der neue Innenminister Musteikis den Verband „Eiserner Wolf" auf und verhaftete eine große Zahl von Mitgliedern dieser Organisation, da der Polizei ein Plan des „Eisernen Wolf", einen Marsch nach Kowno zu veranstalten und die Herrschaft Woldemaras mit Gewalt wiederherzustellen, in die Hände gefallen war.

Antisemitische Propaganda

Genf, 3. Februar. (JTA.)

Die seit einiger Zeit in Genf mit besonderer Intensität betriebene antisemitische Agitation beginnt nun auch auf andere Städte der französischen Schweiz überzugreifen. In Lausanne hat eine nationalistische Gruppe ein neues antisemitisches Wochenblatt unter dem Titel „La Nation", begründet. Der verstärkten antisemitischen Propaganda tritt der bekannte Schriftsteller C. A. Loosli in einer Broschüre „Die Juden und wir" entgegen. Loosli weist auf die Gefährdung nicht nur der Juden, sondern auch des Schweizer Volkes durch den Antisemitismus hin. Das gesellschaftliche Leben in der von Volksstämmen verschiedener Rasse, Sprache und Religion bewohnten Schweiz müsse auf dem Prinzip der Toleranz beruhen. Der Antisemitismus sei eine aus dem Ausland eingeschleppte Krankheit, die die Grundlagen des schweizerischen Staates angreife.





Jüdisches Leben in Köln

KÖLNER JÜDISCHES WOCHENBLATT ★ 7. FEBR. 1931

Berufswahl 1931

Bemerkungen zum Termin der Schulentlassung.

Wohl noch in keinem Jahre ist unsere Jugend, die die Schule verlassen und mit frischen Kräften ins Leben treten will, vor eine derart schwierige, ja hoffnungslose Situation gestellt gewesen wie Ostern 1931. Alle Berufe sind mehr oder weniger überfüllt, jeder Berufsstand warnt vor dem Ergreifen gerade seines Beschäftigungszweiges, schildert seine Lage in den düstersten Farben. Ueberall Abbau, Arbeitslosigkeit ist das Bild, das sich Eltern und Jugendlichen auf den ersten Blick hin bietet. Es scheint, als ob jede Orientierung im Wirtschaftsleben verloren gegangen sei. Berufe, die früher als wirtschaftlich sicher galten, sind heute fast ebenso bedroht wie alle anderen. Woran soll man sich klammern, was kann aus der Schwierigkeit herausbringen, das ist die bange Frage, die Eltern und Jugendliche sich stellen und die dringend der Lösung harrt.

Für unsere jüdische Jugend ist die Lage genau so ernst wie für die deutsche ganz allgemein. Bei näherem Zusehen ist deutlich zu erkennen, daß sie hier noch verschärft ist. In der heutigen Zeit mit ihren radikalen politischen Strömungen sind unsere jüdischen Berufsanwärter fast ausschließlich auf Aufnahme in jüdischen Geschäftshäusern und Lehrstellen angewiesen. Umso bedauerlicher ist die Tatsache, daß infolge des Anwachsens der antisemitischen Welle selbst jüdische Firmen dazu übergegangen sind, fast ausschließlich christliches Personal zu beschäftigen. Mit dieser Maßnahme wird jedoch den Zeitverhältnissen nicht Rechnung getragen. Im Gegenteil: Ist auf der einen Seite dem Geschäftsinhaber damit wenig oder gar nichts genützt, so bedeutet das auf der anderen Seite für die jüdische Jugend eine ganz erhebliche Schlechterstellung gegenüber ihren christlichen Kollegen. Sie möchte gern arbeiten, vorwärtskommen, aber jeder Weg dazu wird ihr versperrt. Muß das nicht in ihr ein Gefühl der Minderwertigkeit, des Schlechterseins als die anderen aufkommen lassen? Die jüdischen Firmeninhaber können deshalb nicht dringend genug darauf verwiesen werden, jüdische Lehrlinge einzustellen, von jüdischem Personal die Arbeiten ausführen zu lassen. Es sollte dies ihnen allen zur selbstverständlichen Pflicht werden!

Was kann der Jugendliche von sich aus nun tun, um sich für das Erwerbsleben, für den Lebenskampf zu rüsten? Wenn oben gesagt wurde, daß die wirtschaftliche Situation eine äußerst ernste und jede feste Orientierung fast unmöglich sei, so sollte damit nicht etwa ausgedrückt werden, daß es dem Jugendlichen nun egal sein könnte, welchen Beruf er [illegible] oder, noch schlimmer, daß er jetzt überhaupt nichts zu lernen brauche. Es ist im Gegenteil mehr denn je notwendig, daß jeder nun doppelt gerüstet den Kampf mit allen Schwierigkeiten aufnimmt.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind dem Jugendlichen manche Hilfsquellen gegeben. Er prüfe sich zunächst selbst eingehend daraufhin, was er gern werden möchte, wo seine Neigungen liegen. Er wird dies wissen aus seinen Schulleistungen ,aus seiner Lieblingsbeschäftigung in der Freizeit, aus tausend Beobachtungen im täglichen Leben. Er darf sich aber nicht verleiten lassen, nur deshalb einen Beruf zu ergreifen, weil etwa ein Freund ihn erlernt hat, weil ein Bekannter damit gut verdient, weil er in der Familie häufig vorkommt oder aus ähnlichen Gründen. Vielmehr kommt es darauf an, sich genau über seine Wünsche klar zu werden. Wer mit Lust und Liebe an seine Arbeit herangeht, der hat schon viel gewonnen. Heute kommt es noch in erschreckendem Umfange vor, daß unsere Jugendlichen aus rein äußerlichen Motiven sich alle das gleiche unerreichbare Berufsziel in den Kopf gesetzt haben und an Berufen, für die sie weit besser geeignet sind und die gute wirtschaftliche Aussichten bieten, trotz vieler Hinweise vorübergehen. So wollen die meisten jüdischen jungen Mädchen Verkäuferinnen werden. Bei der großen Ueberfüllung gerade dieses Erwerbszweiges und dem Mangel an wirklich guten Lehrstellen haben aber die Wenigsten Aussicht, eine ausreichende Ausbildung zu erhalten und ihr Fortkommen zu finden. Dagegen sind tüchtige jüdische Hausangestellte sehr gesucht. Oft ist es nicht möglich, die verfügbaren freien Stellen mit jüdischen Kräften zu besetzen, so daß christliche Mädchen herangezogen werden müssen. Für wieviele Mädchen kann sich hier eine ausreichende und beglückende Berufsmöglichkeit bieten! Pflicht der jüdischen Eltern ist es, ihre Töchter darauf hinzuweisen.

Ist der Jugendliche, wie ausgeführt wurde, bei eingehender Selbstprüfung auch in der Lage, seine Berufsneigung zu erkennen, so ist eine objektive Beurteilung seiner Fähigkeiten, seiner Berufseignung, weit schwerer für ihn. Ueber diese Schwierigkeit vermögen ihm die Eltern hinwegzuhelfen, die ihr Kind von frühester Jugend an beobachten konnten, weiter der Lehrer, der sein Augenmerk auf die Leistungen des Schülers zu richten hat. Kennt er zwar auch nicht genau die Anforderungen der einzelnen Berufe, so weiß er doch, ob sein Schüler Ausdauer besitzt, ob er gern und sicher lernt, ob er praktische Fähigkeiten hat. Eltern und Erzieher zur Seite steht der Berufsberater, der auf Grund seiner besonderen Ausbildung, großer Erfahrung, des Schulzeugnisses und nicht zuletzt des persönlichen Urteils von Eltern und Erzieher den Jugendlichen mit seinem Berufsrat unterstützt. In besonders gelagerten Fällen hat er die Möglichkeit, durch ärztliche Konsultation und eine psychotechnische Eignungsuntersuchung seinen Rat zu unterbauen. Es versäume daher niemand das Jüdische Berufsamt, Rubensstr. 33, aufzusuchen und sich dort fachmännisch und kostenlos beraten zu lassen. Das Jüdische Berufsamt steht in engster Verbindung mit dem Städtischen Berufsamt und läßt alle Eignungsgutachten dort anfertigen.

Hinzu kommt, daß der Einzelne gar nicht in der Lage ist, die ungeheuer verzwickten Verhältnisse unseres Wirtschaftslebens so weitsichtig zu überblicken, wie es für eine Berufswahl notwendig ist. Hierbei kommt es ja weniger darauf an, wie die Situation gegenwärtig ist, sondern, wie sie sich wahrscheinlich in der Zukunft gestalten wird. Wer heute in das Berufsleben trifft, kann erst nach Ablauf einer gewöhnlich mehrere Jahre dauernden Ausbildung daran denken, sich auf eigene Füße zu stellen. Wenn eingangs gesagt wurde, daß alle Berufe in ihrer Sicherheit mehr oder weniger bedroht sind, so ist das nur bedingt richtig. Man muß unterscheiden zwischen solchen Erwerbszweigen, die infolge der wirtschaftlichen Entwicklung zu dauernder Bedeutungslosigkeit verurteilt sind — man denke nur an die zunehmende Verdrängung von Handarbeit durch Maschinen — und solchen, die nur konjunkturellen, also vorübergehenden Depressionen ausgesetzt sind. Das Aufspüren dieser Entwicklungstendenzen, mit der sich zentrale Stellen eingehend befassen, ist ebenfalls Aufgabe der Berufsämter. Auch aus diesem Grunde kann daher nicht dringend genug angeraten werden, diese gemeinnützigen Stellen frühzeitig aufzusuchen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß alle diejenigen Jugendlichen, die das harte Schicksal der Erwerbslosigkeit getroffen hat, nicht verzagen dürfen. Vielmehr müssen sie diese ihnen unfreiwillig zugeflossene freie Zeit nach besten Kräften für ihr Vorwärtskommen auszunützen; denn nur der ist bei der ungeheuer großen Konkurrenz begehrenswert, der gerade die vielseitige Ausbildung, die besten Kenntnisse, die größte praktische Erfahrung aufzuweisen hat. Unser hiesiges jüdisches Jugendamt, Jahnstr. 24, hat deshalb Aus- und Fortbildungskurse eingerichtet, die jeder jugendliche Erwerbslose in seinem eigenen Interesse besuchen sollte. Es braucht niemand zu verzagen. Wer den ehrlichen Willen hat und seine ganze Kraft daran setzt, wird auch heute im Berufsleben vorankommen, wenn er es nur versteht, sich an den ihm gemäßen Platz zu stellen.

Dr. H. R.

*

„Jüdische Jugend in Not"

Als weiteren Beitrag zu diesem Thema (vgl. KJW. Nr. 1 u. 3) veröffentlichen wir die nach- [illegible] zugehen.

D. Red.

Es erübrigt sich wohl, auf die als bekannt vorauszusetzende Tatsache der jüdischen Not im einzelnen näher einzugehen, jedoch beanspruchen die bisherigen Ausführungen zu obigem Thema einige Ergänzungen.

Es ist eine nur zu selbstverständliche Entwicklung, daß Menschen, je mehr sie proletarisiert werden, den herrschenden kulturellen Werten entfremdet werden. Dies trifft natürlich auch für das Judentum zu. Daher sehen wir, wie auch die Artikelschreiber richtig zeigen, wie man sich immer mehr von der Religion abwendet. Diese Tendenz ist allerdings keine spezifisch jüdische, sondern allgemein und ist auf die Dauer nicht aufzuhalten. Wenn nun aber A.T. glaubt, daß das Wichtigste zur Behebung der Not Maßnahmen auf geistig kulturellem Gebiet seien, so hat er am Ende seines Aufsatzes vergessen, daß er am Anfang wirtschaftliche Faktoren als entscheidend für die jüdische Not bezeichnet hat. Also müssen auch die Heilmittel auf wirtschaftlichem Gebiet gesucht werden. Dies ist so einleuchtend, daß tatsächlich die Jugendlichen zum Kommunismus, nicht Parteikommunismus, kommen müssen, wenn nicht auf der anderen Seite der jüdische Volkgedanke hinzukommt. Dieser Erkenntnis müssen wir Rechnung tragen. Der Schreiber des zweiten Artikels ahnt dies auch und deutet es an. Die These, daß wir den Zionismus mit dem Sozialismus verbinden müssen, ist richtig, wie aber die Synthese zustande kommt, darüber ist sich der Verfasser nicht im klaren. Denn, wenn er am Schluß sagt, daß die gegebenen Verbinder zwischen den Generationen die Rabbiner seien, darf man wohl an der Verwirklichung eines sozialistischen Zionismus zweifeln. Man muß allerdings erst einmal richtig durchdenken, was sozialistischer Zionismus bedeutet. Man hört in den beiden Artikeln immer nur, wir müssen geistig kulturelle Arbeit leisten, wir müssen die zionistische mit der sozialistischen „Idee" verbinden. Dies bedeutet aber in dieser Form eine abstrakte Forderung, mit der die Jugend nichts anzufangen weiß. Wir wollen der Jugend aber einen Weg weisen, d. h., wir müssen ihr konkrete Aufgaben stellen. Und das Entscheidende ist, wir müssen der Jugend die Lösung der Juden — und sozialen Frage als ihre Aufgabe stellen. Der Unterschied zwischen meiner und der Artikelschreiber Auffassung liegt aber darin, daß ich ihre Heilmittel nur als Palliativmittel ansehen kann, weil sie die Konsequenzen, die aus ihrer Einstellung entspringen müssen, zu ziehen vergessen. Denn worin besteht die Tat, die sich daraus ergeben muß?

Der wirkliche sozialistische Zionismus ist revolutionär, er verlangt das ganze Leben des einzelnen. Er gibt sich mit einem Teil des Menschen, wie es z. B. die Beschäftigung mit kulturellen Werten ist, nicht zufrieden. Konkret gesagt, er verlangt ein sich Einordnen in die palästinensische Arbeiterschaft, ein Leben als Arbeiter und Jude. Wir müssen also an der Jugend eine Erziehungsarbeit leisten, die letzthin in diesem Ziele gipfelt. Dazu muß man allerdings umlernen, nicht nur die Jugend, sondern auch in erster Linie die Erzieher. Denn dies bedeutet in gewissem Sinne eine Umwertung von Werten. Dies ist nun einmal eine unumgängliche Forderung, denn wir brauchen Palästina und Palästina braucht die Kraft der Jugend, der damit die Möglichkeit zu einem neuen freien Leben im eigenen Lande gegeben ist. Jedoch wird dieses Leben auch nicht frei sein, so lange durch das kapitalistische System noch solche Wirtschaftskrisen erzeugt werden, wie wir sie in den heutigen Tagen wieder einmal erleben. Deshalb müssen wir auch in Palästina den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse fortsetzen, um das sozialistisch, zionistische Ziel verwirklichen zu können.

Ich bin mir bewußt, daß ich hiermit die Aufgaben nur oberflächlich gezeigt habe, aber es ist mir im Rahmen dieser Betrachtungen nicht anders möglich. Auf eines möchte ich aber doch noch hinweisen. Der Verfasser des zweiten Artikels sagt, es gebe keine Bünde, die zum sozialistischen Zionismus erziehen und wenn, dann trete der Sozialismus zu sehr zurück. Dieser Vorwurf trifft weniger die Bünde als den Verfasser, der damit nur beweist, daß er die jüdischen Bünde nicht kennt. Der Brith-Haolim (JJWB.) hat sich schon längst die Synthese von Sozialismus und Zionismus für seine Erziehung zueigen gemacht, weil er schon früher die tieferen Ursachen für die jüdische Not erkannt hat. Und die praktische Verwirklichung sehen wir heute in Palästina, wo in Rechoboth und anderen Punkten unsere Chawerim und Chaweroth an dem sozialistischen Aufbau mitarbeiten. Der Verfasser des zweiten Artikels bringt daher für uns keine Neuigkeiten mehr, er zeigt nur, daß man auch in anderen Kreisen die Schwere des Problems zu erfassen beginnt.

Ein Satz jedoch stimmt noch bedenklich: „Es wird meiner Ansicht nach sehr schwer sein, diesen jungen Menschen durch den Zionismus von seinem radikalen Entschluß abzubringen." Es kommt aber meiner Ansicht nach nicht darauf an, ihn von seinem radikalen Entschluß abzubringen, sondern ihn auszunützen und, wenn er wirklich radikal ist, im sozialistisch-zionistischem Sinne umzubiegen. Denn wir glauben, daß die Heilung der jüdischen Not nur eine radikale sein kann. Und dies heißt:

Erziehung zur Chaluziuth!

Oca.

*

25jähriges Amtsjubiläum

[illegible] Dr. A. Kober

Am 1. Februar feierte Gemeinderabbiner Dr. Adolf Kober das 25jährige Jubiläum seiner Amtstätigkeit in der Kölner Synagogengemeinde. Herr Dr. Kober wurde, nach einer zehnjährigen Tätigkeit als Orts- und Bezirksrabbiner in Wiesbaden einstimmig nach Ableben von Dr. Frank gewählt. Seit damals ist er nie versagender Führer und Berater der Gemeinde, ein treuer Freund der Jugend, und vor allem und immer wieder Schirm und Schutz für jeden Bedrängten; sein echtjüdisches, traditionelles Haus ist zu jeder Zeit den Armen offen. Umfassend ist der Aufgabenkreis, den er als Rabbiner der Gemeinde zu bewältigen hat, in vielen Organisationen und Vereinen ist er führend tätig; in allen Kreisen verschafft ihm seine Menschlichkeit und jüdisches Empfinden höchste Achtung und Wertschätzung.

Weit über Kölns Mauern geht sein Ruf. Hier ist es besonders seine qualifizierte wissenschaftliche Arbeit, die Dr. Kober hohes Ansehen eingebracht haben. Er ist Mitarbeiter des Jüdischen Lexikons, der Enzyklopädie, und der Germanica judaica; besonders seine Arbeiten auf dem Gebiete der Geschichte der rheinischen Juden sind bekannt geworden. Diese gründliche Kenntnis befähigte ihn in hohem Maße, die jüdische Abteilung der Jahrtausendausstellung (1925) zu organisieren und zu leiten. Das Jüdische Lehrhaus in Köln, mit seinen bemerkenswerten ausgedehnten Veranstaltungen ist seine Gründung. Wir wünschen dem Jubilar noch lange Jahre eine segensreiche Tätigkeit zum Wohle der Kölner Gemeinde und des Judentums.

*

Aus der Synagogengemeinde Adass Jeschurun.

Am Sonntag, den 1. Februar, fanden Ergänzungswahlen zur Repräsentanz statt. Es wurden gewählt die Herren: G. Löwenstein, L. Munk, Dr. R. Schwarz, als Stellvertreter: die Herren B. Blasbalg und H. Frank. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach, zirka 40 Prozent. Nach der Wahl fand eine Generalversammlung der Gemeinde statt. Der Vorsitzende, Herr J. Wolf, gab den Rechenschaftsbericht, in dem er auf die schwierige Lage der Gemeinde durch die schwere wirtschaftliche Krise hinwies. Die Gemeinde war gezwungen, zum ersten Januar eine zehnprozentige Kürzung der Beamtengehälter durchzuführen. Er richtete einen dringenden Appell an die Mitglieder, sowohl auf materiellem als auch auf ideellem Gebiete die Gemeindeinstitutionen zu unterstützen. Zur Hebung der Finanzen der Gemeinde stehe man in Unterhandlungen für eine Verpachtung des Synagogengrundstücks in der Lützowstraße. Er wies auch auf die Förderung der Nothilfe des Rabbi-

Gottesdienst der Synagogengemeinde Köln.

(Die Zeitangabe des Gottesdienstes in der Synagogengemeinde erfolgt jeweils in der Mittwochausgabe.)

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Geboren

Dir. Dr. Erich Klibansky u. Frau Meta geb. David, Volksgartenstr. 10, ein Sohn. — Jonas Emanuel u. Frau Hanna geb. Strauß, Brüsselerstr. 33, ein Sohn. — Ludwig Schnog u. Frau Grete geb. Schoeps, Alteburgerstr. 46, ein Sohn.

Vermählte

Sabine Springer, Köln, Boissereestr. 22, Wolf Strick, Fryszack, Kläre Rosenbaum, Köln, Venloerstr. 312, Moritz Klerstadt, Wanne.

Sterbefälle

Albert Herz, Gilbachstr. 1, 67 Jahre.

---

ners hin. Weiter dankte er der Verwaltung und den einzelnen Personen, die zur Renovierung der Synagoge mit Rat und Tat geholfen hätten. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß man trotz der Schwere der Zeit nicht verzagen dürfe und Gottvertrauen haben müsse.

In der sehr ausgedehnten Aussprache kamen aus Mitgliederkreisen manche Anfragen, Anregungen und Wünsche. Man erfuhr, daß im Jahre 1930 ein Defizit von 6000 RM. entstanden sei und daß man mit einem Ausfalle für 1931 von 10- bis 12 000 RM. rechne. Die Mitgliederzahl beträgt über 200. Es besteht die Möglichkeit, daß der Friedhof in Deckstein durch ein billiges Grundstück erweitert wird, wenn dafür die notwendigen Mittel vorhanden sind. Sehr ausgedehnt war auch die Aussprache darüber, wie der Synagogenbesuch gehoben werden kann und lebhafte Klage wurde geführt über die Ueberteuerung der rituellen Lebensmittel, durch die die Gemeinde indirekt geschädigt werde.

*

Wiedersehens-Feier der ehemaligen Uebungsschüler.

Eine stattliche Reihe ehemaliger Uebungsschüler, jetzt Herren und Damen, wählten in feinsinniger Weise den altjüdischen Schülerfesttag, den 15. Schewat, um an der trauten Stätte ihrer Schulzeit einige vergnügte Stunden der Erinnerung und des Wiedersehens mit ihren alten Lehrern zu verbringen. Für leibliche Genüsse war bestens gesorgt, für geistige Nahrung machte sich der Leiter des Abends, Herr Lehrer **Großmann**, verdient. Studienrat **Gut** zeigte in einem humorvollen Streifzuge durch vier Jahrzehnte, was die Seminaraula im Wandel der Zeiten gesehen, gehört und erlebt hat. Oberlehrer Dr. **Harth** gab einen interessanten Rückblick über die Entwicklung der Morijah und den Wert der Schülervereinigungen. Lehrer und Schüler erzählten in buntem Wechsel aus dem reichen Schatze der Jugend- und Schulerinnerungen von schönen und schweren Tagen und Zeiten. Chorgesänge [illegible] Frau Musika im jüdischen Lehrerseminar eine gute Pflegestätte gefunden hat. Möge dieser [illegible] noch lange Jahre im Hause der jüdischen Lehrerbildung bleiben!

*

Von den Zionisten-Revisionisten.

Die Versammlung der Kölner Zionistisch-Revisionistischen Ortsgruppe, die am 22. Januar in der Bürgergesellschaft stattfand, war gut besucht. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Herr Rechtsanwalt Dr. **Harry** aus Wiesbaden sprach über die Judennot, deren immer wiederkehrende Symptome er auf Grund der jüdischen Geschichte, vor allem der Geschichte der Kölner Juden aufwies. Er entwickelte dann die Notwendigkeit der zionistischen Lösung der Judenfrage und legte schließlich die Grundsätze des Programms der Revisionisten dar, die für sich in Anspruch nehmen, die Träger des alten unverfälschten Herzlschen Zionismus zu sein.

An den Vortrag, der starken Beifall fand, spann sich eine lange Aussprache, besonders mit den anwesenden Poale-Zionisten an. Die Revisionistische Ortsgruppe hatte an dem Abend 11 Neuanmeldungen zu verzeichnen.

*

Ortsgruppe Köln des Jüdischen Frauenbundes.

Montag, den 9. Februar, 5 Uhr, Sitzungssaal II, Roonstr. 50: Kursus des Herrn Studienrat Wolff.

*

Jüdisches Lehrhaus

Montag, 9. Februar, abends 8 Uhr: Herr Gemeinderabbiner Dr. Kober: **Geistige Abwehr: Judentum und Umwelt.** 9 Uhr: Herr Rektor Coblenz: **Geschichte des jüdischen Gottesdienstes.** Beide Vorlesungen finden im Sitzungssaal I, Roonstr. 50 statt.

Donnerstag, 12. Februar, abends 7.30 Uhr: Herr Gemeinderabbiner Dr. Rosenthal: Jesus und seine Zeit (II. Teil), Sitzungssaal I, Roonstr. 50.

Ein bemerkenswertes Budget.

Der Pester Heilige Verein (Chewra Kadischa) hielt unter dem Vorsitz seines Präsidentenstellvertreters Max Kramer die Jahresversammlung ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Geza Desi würdigte die Verdienste des wegen Kränklichkeit zurücktretenden Präsidenten Julius Adler, der von der Versammlung zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. Großrabbiner Dr. Simon Hevesi würdigte die großzügige Tätigkeit des Vereins, Dr. Heinrich S. Endrei erstattete den Jahresbericht für 1930. Die Ausgaben betrugen 1 783 339 Pengö, die Einnahmen 1 721 280 Pengö. Für das Greisenasyl, in dem 210 Männer und Frauen lebenslänglich kostenlos verpflegt werden, wurden 199 640 Pengö verwendet. Der Aufwand für Krankenpflege und für das Szeretethaz-Hospital betrug 301 644 Pengö, für das Heim erwachsener Blinder 107 719 Pengö. In dieser Anstalt werden 170 unheilbare Kranke und Blinde, ferner 80 heilbare Kranke gepflegt. Die Armenfürsorge erforderte 170 600 Pengö, die Krankenpflegekosten betrugen 100 000 Pengö. Für die Erhaltung der Friedhöfe, die Gräberpflege und Gratisbegräbnisse wurden mehr als 400 000 Pengö ausgegeben, die Kondukte kosteten 150 000 Pengö, sonstige sachliche Ausgaben erforderten 110 000 Pengö, so daß mehr als 90 Prozent der Ausgaben auf Wohlfahrts- und Pietätszwecke entfielen. — Der Präsident der Pester isr. Religionsgemeinde Hofrat Samuel Stern sprach der Leitung des Vereins den Dank für die aufopfernde Tätigkeit auf dem Gebiete der Religion und der Menschenliebe aus. Er gedachte der Verdienste der vier Mitglieder der Vorstehung, kön. Rates Ignaz Aranyi, Hofrates Julius v. Engel, Leopold Breitners und Alexander Fleischmanns, die seit nunmehr 10 Jahren ihr bestes Können der guten Sache widmen. — Die Generalversammlung stimmte dem Budget für das Jahr 1931 zu, welches an Ausgaben 1 772 650 Pengö, an Einnahmen 1 621 510 Pengö vorsieht.

Die zionistische Situation

Berlin, 30. Januar.

Auf einem Vortragsabend der Berliner Zionistischen Vereinigung sprach am Donnerstag, den 29. Januar, der Führer der radikalen Zionisten Dr. Nahum Goldmann über den Verlauf der letzten Tagung des zionistischen Aktions-Comitees und die gegenwärtige politische Lage im Zionismus. Dr. Goldmann erklärte, für die Verschiebung des Kongreßtermins seien in London drei Argumente ins Treffen geführt worden: Die schwierige Finanzlage der Organisation, die die sofortige Einleitung einer großen Aktion notwendig mache, die Unmöglichkeit der Teilnahme der amerikanischen Mitglieder der Jewish Agency an einem Februar-Kongreß und die Notwendigkeit, das Ergebnis der Verhandlungen zwischen englischer Regierung und Jewish Agency abzuwarten, damit der Kongreß seinen Standpunkt gegenüber der englischen Politik präzisieren könne. Die Vertreter der radikalen Zionisten im Aktions-Comitee hätten zwar die Gründe, die für eine Verschiebung des Kongresses sprechen, gewürdigt, aber doch im Hinblick auf die Gefahr, die der Organisation infolge der ungeklärten innerzionistischen Situation und der Fortdauer der inneren Kämpfe drohe, gegen die Verschiebung gestimmt. Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß ein Beschluß der radikalen Exekutive vorgelegen habe, demzufolge er, Goldmann, verpflichtet gewesen wäre, im Falle der Annahme des Kongreßverschiebungsantrags durch das A.C. aus der politischen Kommission auszutreten, sei unrichtig. Eine Resolution in diesem Sinne habe nur der Organisation der radikalen Zionisten in Polen „Al Hamischmar" gefaßt. Aber auch der Führer des „Al Hamischmar", Abg. Grünbaum, habe angesichts der politischen Lage das weitere Verbleiben Goldmanns in der Kommission bis zu einer von der Leitung der Radikalen Zionisten zu treffenden endgültigen Entscheidung gebilligt.

Bezüglich der Verhandlungen zwischen Regierung und Jewish Agency sei festzustellen, daß die Regierung sich dem jüdischen Standpunkt nunmehr wesentlich genähert habe. Es dürfe erwartet werden, daß der erste Teil der Verhandlungen demnächst mit einem Erfolg für die jüdische Sache abgeschlossen werden würde. Im zweiten Teil [illegible] werden müssen, daß in der Palästina-Adminstration gewisse Aenderungen eintreten, die die weitere Entwicklung des Nationalheims verbürgen. Wichtig sei vor allem die Beendigung des inneren Kampfes in der Organisation. Die neue politische Lage lasse die Bildung einer großen Koalition auf dem nächsten Kongreß, die alle Gruppen mit Ausnahme von Brith Schalom und eines Teiles der Revisionisten umfassen könnte, als möglich und wünschenswert erscheinen. Vom zionistischen Patriotismus Weizmanns müsse verlangt werden, daß er auf eine Kandidatur auf dem nächsten Kongreß, die zum Zankapfel zwischen den Parteien werden würde, verzichte.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, in der zunächst im Namen der Revisionisten Richard Lichtheim das Wort ergriff. Er erklärte, alle Gründe, die für eine Verschiebung des Kongresses sprechen, seien schon auf der November-Tagung des A.C. bekannt gewesen; trotzdem habe man sich damals entschlossen, den Kongreß im Februar abzuhalten. Die Radikalen hätten, insbesondere dadurch, daß Grünbaum sich bereit erklärte, in die Weizmann-Exekutive einzutreten, die Position der jetzigen Leitung gestärkt. Den Erfolgen bei den Verhandlungen zwischen Regierung und J.A. dürfe keine zu große Bedeutung beigemessen werden. Es könnten nur diplomatische Erfolge sein, die auf die Gestaltung der Lage in Palästina wenig Einfluß haben werden. — Den Ausführungen Lichtheims trat Alfred Berger scharf entgegen. Es sei merkwürdig, daß gerade die Revisionisten, die auf diplomatische Verhandlungen stets besonderen Wert gelegt haben, versuchen, einen eventuellen Verhandlungserfolg schon im voraus zu versuchen, einen eventuellen Verhandlungserfolg schon im voraus zu verkleinern. Der von den Revisionisten angedrohte Austritt aus der Zionistischen Organisation würde vielleicht eine gewisse Beruhigung herbeiführen.

In seinem Schlußwort erklärte Dr. Goldmann, ein Eintritt Grünbaums in die jetzige Exekutive sei nie in Frage gekommen. Außerhalb des A.C.-Plenums geführte Verhandlungen über den Rücktritt der jetzigen und Bildung einer neuen Exekutive seien ergebnislos verlaufen. Während der Ausführungen Dr. Goldmanns erschien das Mit[illegible] Exekutive J. Sprinzak und wurde von der Versammlung lebhaft akklamiert.

Die deutsche Misrachi und die A.-C.-Beschlüsse

Berlin, 2. Februar.

In der „Jüdischen Rundschau" befaßt sich Dr. Oscar Wolfsberg, einer der prominentesten Führer der Misrachi-Bewegung, mit dem Beschluß des A.C., den Kongreß zu verschieben, und dem im Zusammenhang mit diesem Beschlusse erfolgten Austritt der misrachistischen Vertreter aus der zionistischen Weltexekutive. Dr. Wolfsberg erklärt, daß die deutschen Misrachisten ebenso wie die amerikanischen im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzsituation mit dem A.C.-Beschluß betreffend Verschiebung des Kongresses einverstanden sind. Wir lehnen, schreibt er, bei Abstimmung von Fragen, die mit den Prinzipien des Misrachi kaum etwas zu tun haben, den Fraktionszwang ab und halten so weitgehende Beschlüsse wie die Zurückziehung der misrachistischen Exekutive-Mitglieder nach Ablehnung des Vertagungsbeschlusses für vollkommen unmöglich. Rabbi Berlins Persönlichkeit und Leistungskraft genießt bei uns, trotz manchem Trennenden, Hochschätzung; **seinen** Schritt begreifen wir aus seiner Einstellung, obwohl wir ihn sehr bedauern. Aber **er** konnte auf Grund persönlichster Ueberzeugung seine Demission vollziehen, was er ja auch bereits in einem früheren Stadium einmal getan hat. Daß aber eine ganze Fraktion, die noch nicht einmal von vornherein einheitlich zu der Frage der Kongreßverschiebung stand, unter dem Joch des Fraktionszwanges nicht nur gegen die Vertagung stimmt, sondern nach der Abstimmung, die gegen sie ausgefallen ist, ihre Mitglieder aus der Exekutive abberuft, das ist von höchster Gefahr und Bedenklichkeit. Es ist die Aufgabe und Funktion des deutschen Misrachi, dieser verhängnisvollen Entwicklung sich entgegenzustellen. . . . Das deutsche Zentralbüro des Misrachi hat in seiner überwiegenden Mehrheit die Ueberzeugung gewonnen, daß es Pflicht sei, Lazarus Barth um sein Verbleiben in der Exekutive zu bitten und damit für seine Person der Aufforderung des A.C. Folge zu leisten. Im Moment ist der Zusammenschluß aller Kräfte von höchster Bedeutung, und jede Bresche in der Mauer von Schaden. Je weiter die Reihe der Männer und Gruppen ist, die bereit sind, an der schweren Verantwortung mitzutragen, um so besser ist es für die Fortführung unserer großen, aber doch so schweren Arbeit. . . . „Wir hoffen", schließt Dr. Wolfberg, „daß die Stellungnahme des deutschen Misrachi auch im Weltmisrachi eine Einkehr verursachen wird, und hoffen insbesondere, daß unser Freund Lazarus Barth sich der Argumentation nicht verschließen wird, die von unserer Seite an ihn gelangt ist. Wenn die Annullierung seiner Demission auch vom gesamten Misrachi getragen sein und somit der Misrachi eine vorschnelle Entscheidung rückgängig machen würde, so wäre das für uns weniger eine Genugtuung als eine innere Freude."

Die Einwanderung nach Palästina

Jerusalem, 4. Februar.

Im Zusammenhang mit den Gerüchten, die in letzter Zeit über die Verteilung der Einwanderungs-Zertifikate verbreitet wurden, teilt die Exekutive der Jewish Agency in Palästina mit, daß alle ihr zugewiesenen Zertifikate bereits an die Palästinaämter in den verschiedenen Ländern versandt wurden, darunter 75 nach Rußland.

In Anbetracht der Arbeitslage im Lande hat die Leitung der Jewish Agency nach Beratung mit der Einwanderungskommission beschlossen, ein gewisses Verfahren zur monatlichen Regulierung der Einwanderung je nach den Anforderungen und Aussichten des Arbeitsmarktes einzuführen. Für die bevorstehende Arbeitssaison in den Pflanzungen, die in einem Monat voll einsetzt und außer den bereits in den Kolonien vorhandenen Arbeitern weitere Arbeitskräfte beschäftigen wird, wurde beschlossen, zunächst d. h. für den Monat Februar 291 Immigranten auf Rechnung der ins Ausland gesandten Zertifikate anzufordern. Diese Einwanderer werden auf die im Lande vorhandenen Arbeitergruppen (Kibbuzim) verteilt, die eigene Wirtschaften besitzen und dort nach Beendigung der Saisonarbeit in den Kolonien Unterhalt finden. Dieses Verfahren ermöglicht den Gruppen, ihre Freunde im Auslande, die auf die Einwanderung warten, ins Land zu bringen und so die Chaluzbewegung vor einer Schwächung zu bewahren. Die Anweisungen für die Einwanderung der betreffenden Immigranten sind vor 10 Tagen telegraphisch den Palästinaämtern übermittelt worden.

Außerdem sind 180 Zertifikate für Verwandte übersandt worden, die diesmal nur in solchen Fällen bestätigt wurden, in denen der Petent volle Bürgschaft für den Unterhalt und die Beschäftigung des Verwandten in seinem eigenen Haushalt oder Betrieb übernehmen konnte, ohne daß der Verwandte genötigt ist, auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung zu suchen.

Die Gründung von Speyer

Von Jacob de Haas

Der weise König ist für die schmerzliche Erkenntnis, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt, verantwortlich. Der historisch eingestellte Mensch freut sich dieser Einsicht, denn er ist bemüht, typische Geschehnisse zu registrieren, um zur Theorie zu gelangen, daß es weder Fortschritt noch Rückschritt gibt.

Die jüdische Geschichte der Stadt Speyer erhärtet das.

Speyer, Hauptstadt des bayrischen Palatinats, eine Stadt von ungefähr 25 000 Einwohnern, teilt mit Worms und Mainz die ehrwürdigste Vergangenheit des Rheinlandes. Es besitzt eine Kathedrale, die dreißig Jahre brauchte, um gebaut zu werden, und zu den bemerkenswertesten architektonischen Denkmälern katholischen Baustils in Europa gehört. Hier liegen einige der berühmtesten Monarchen bestattet. Dem Besucher Speyers bietet sich in den ruhigen Straßen viel Interessantes aus der Geschichte der Reformation dar. Die Römer zogen hier auf ihrem Marsch nach dem Westen vorüber und fanden viele natürliche Wege durch das Rheintal und manch liebliche Stätte. So entstand auf dem Marsch eine kleine, typisch römische Kolonie für Soldaten und Kampfgenossen. So entstand hier auch die Keimzelle für das spätere Speyer. Attila der Hunnenkönig ging denselben Weg, und die römischen Spuren verschwanden. Im 4. Jahrhundert besaß Speyer bereits ein Bistum.

Die Tage der großen Bischöfe, der militärischen Kleriker, die mit eiserner Hand regierten, großer Feudalherren mit kirchlichem Titel, kamen erst lange nachher. Sie beginnen mit dem Jahre 610. Seit damals gilt Speyer als bevorzugter Handelsplatz und im Jahre 830 wurde es ein Teil des fränkischen Reiches. Es war ein kleiner Punkt auf der damaligen Weltkarte. Aber alle anderen waren auch nicht größer. Ein Dorf von 100 Häuser war eine ansehnliche Stätte im 9. Jahrhundert. Und selbst damals war Speyer, wenn wir der Geschichte folgen, in eine Alt- und Neustadt geteilt, zwischen den Bewohnern des Hügels und denen des Tales. Im 11. Jahrhundert besaß Speyer einen Bischof Rüdiger, Sohn eines Speyerschen Bürgers, der während seiner Amtszeit von 1073 bis 1090 den Ehrgeiz hatte, seine Geburtsstadt groß und blühend zu machen. Er baute einen Wall mit Toren, errichtete Gräben und tat viel, um Speyer zu befestigen, hauptsächlich in der Richtung nach Worms. Aber Speyer wollte nicht nach dem Wunsch des guten Bischofs wachsen. Und so erließ dieser am 13. September 1084 eine Urkunde, die in den Annalen des Mittelalters einzig dasteht. Sie lautet:

„Im Namen des Herrn und der Dreieinigkeit! Ich, Rüdiger, mit dem Beinamen Hutzmann, der demütige Bischof von Speyer, dachte, als ich aus meinem Dorf Speyer eine Stadt machen wollte (cum ex Spirensi villa urbem facerem), daß es zu seiner Ehre beitragen werde, wenn ich einige Juden heranzöge. (Putari milies amplificare honorem loci nostri, si et Judaeos colligerem.)"

Es gab also im Jahre 1084 einen Bischof, der der Ansicht war, daß man Juden heranziehen müsse, wenn man aus einem Dorf eine Stadt machen wolle und der jüdische Einwohner als eine Ehre für eine rheinische Ansiedlung ansah.

Der Bischof fährt fort:

„Ich habe deshalb einige Juden ausgewählt und sie an einer Stelle abseits von den übrigen Einwohnern der Stadt angesiedelt und auf daß sie von Angriffen und Gewalttätigkeiten des Pöbels geschützt seien, habe ich ihr Viertel mit einem Wall umgeben. Das Land ihrer Behausung habe ich auf gesetzlichem Wege erworben: den Hügel, den sie besiedeln sollen, durch Kauf und Handel; das Tal, das ich ihnen gegeben habe, erhielt ich als Geschenk von den Besitzern. Ich habe ihnen Hügel und Tat unter der Bedingung überlassen, daß sie jährlich 3 und 1/2 Pfund an Geld in die Kasse Speyers zugunsten der Brüder (Mönche) abliefern."

Es gehört also Speyer zu den wenigen Städten der Welt, wohin die Juden gebeten wurden und wo deren Anwesenheit als Ehrung der Stadt angesehen wurde. (Derart übt ein Bischof vom Jahre 1084 an dem Deutschland vom Jahre 1930 Kritik.) Der Bischof fand es aus der Natur der Sache für nötig, den Juden zu schmeicheln, oder er war wirklich ein weitherziger, einsichtsvoller Mann; denn seine Urkunde hat weiters folgenden Wortlaut:

„Ich habe ihnen das freie Recht des Geldwechselns und der Münzprägung gegeben und des Kaufs und Verkaufs von allem, was sie wünschen, innerhalb der Wälle und außerhalb des Tors längs der rheinischen Bootfahrt und auch am Ufer selbst. Außerdem habe ich ihnen ein Stück des Kirchenbodens als Friedhof überlassen. Dieses Land sollen sie für immer besitzen.

E gibt noch andere Dinge in diesem Dokument, die später als Präzedenz für die Zugeständnisse seitens der Herrscher Deutschlands an die Juden gegolten haben:

„Der Hauptpriester ihrer Synagoge soll dieselbe Stellung und Autorität unter ihnen einnehmen wie der Bürgermeister der Stadt unter den Bürgern. Wenn er irgend einen Fall nicht zu entscheiden vermag, so soll er ihn vor den Bischof oder seinen Kammerherrn bringen."

Von den Juden wurde gefordert, „ihre eigenen Wälle zu bewachen, zu verteidigen, wozu ihnen ihre Diener behilflich sein sollen". Des Bischofs Liberalität schloß auch die Erlaubnis für die Juden ein, christliche Mägde und Diener zu halten, und er gestattete ihnen sogar, die „Speisen, die ihnen ihr Gesetz zu genießen verbietet", an Christen zu verkaufen.

Um seinen guten Willen zu beweisen, stellte Rüdiger fest:

„Ich habe, um mein Wohlwollen für sie zu verstärken, ihnen die günstigsten Gesetze und Bedingungen gegeben, die die Juden in irgendeiner Stadt des Deutschen Reiches besitzen."

Rüdiger war bekanntlich keine Memme. In den Kämpfen jener Periode unterstützte er Heinrich IV., bekam einen Ehrenplatz in der Kirchengeschichte seiner Zeit und seine Zugeständnisse an die Juden wurden in der Folge vom Herrscher bestätigt. Seine Toleranz ist umso bedeutsamer, als wir sehen können, daß sogar 200 Jahre später die deutschen Monarchen den Mord an einem Juden nicht als eine Notwehr ansahen.

Wer waren die Juden, die nach Speyer eingeladen wurden, und wie verhielten sie sich zu des Bischofs Aufforderung?

An der jüdischen Hochschule Londons befindet sich ein einzigartiges Dokument, das im zeitgenössischen Hebräisch die erste Ansiedlung in Speyer vermerkt. Dieses historische Dokument, das die Gründung der Synagoge in Speyer 1084 beschreibt, bringt die Unsicherheit jener Epoche zum Ausdruck.

„Am Anfang kamen wir nach Speyer, um unsere heilige Sätte aufzurichten. Das geschah nach dem Feuer, das in der großen Stadt Mainz ausgebrochen war, der Stadt unseres Wohnens, der Stadt unserer Geburt, der Stätte unserer Väter, der ältesten gepriesensten und angesehensten Gemeinschaft unter allen Gemeinschaften des Reiches . . Zu dieser Zeit hatte Mayer Kohn aus Worms in seinen Händen das Buch, Thora Kohanim. Sie dachten, daß er Gold oder Silber trage und sie erschlugen ihn . . . Und wir beschlossen auszuwandern und einen neuen sicheren Platz zu finden. Rüdiger bedachte uns mit Güte. In der Tat, er schickte uns seine Herren und Ritter. So zeigte er uns das Ende der Stadt und versprach uns, es mit Wall und Toren zu umgeben und uns zu schützen gegen Verfolgung, so daß es uns diene als eine Festung. Und er liebte uns wie ein Vater liebt seine Kinder. Und wir beteten zum Schöpfer des Morgens und Abends in der Synagoge."

Das ist wahrscheinlich der erste Mauerwall — im Ghetto des westlichen Europa. Die Urkunde des Bischofs macht den Zweck klar und die hebräische Schrift vermerkt, warum die Juden eine so strenge Abgeschlossenheit vorzogen. Aus diesen geschichtlichen Dokumenten könen wir die ersten Siedler Speyers feststellen. Es waren Mitglieder einer berühmten italienischen Familie, die zu Beginn des 10. Jahrhunderts auswanderten und sich im Rheinland niederließen, die Familie Kalonymos. Die drei angesehensten Mitglieder waren Juda ben Kalonymos, David ben Meschullam und Moses ben Tekutheil. Der erste war das Haupt, der zweite der Chasan, der dritte später Haupt der Gemeinde Speyer. Diese Männer bekamen keine Sinekuren. Als der Bischof im Jahre 1090 starb, hatten diese drei Führer die Sache der Juden von Speyer zu vertreten. Sie gewannen ihren Rechtsstreit vor dem Fürsten, aber die Juden Speyers waren die ersten, die während der Massakers der Kreuzfahrer im Jahre 1096 vernichtet wurden.

Des Bischofs Urkunde ist ein verwelktes Blatt der deutschen Geschichte. Es folgte ihr ein sonderbarer Epilog. Speyers Juden befanden sich unter jenen, die der berühmte Rabbi Meir von Rothenberg im Jahre 1286 sammelte zum merkwürdigen Versuch, die rheinischen Juden nach Palästina zurückzuführen, auf daß sie dort die Ankunft des Meseias erwarten.

Kein Arbeitsrecht für Neueingewanderte in Frankreich.

Auf Grund einer soeben erschienenen Verordnung werden künftighin Personen, die nach dem 1. Juli 1930 nach Frankreich eingewandert sind, keine Arbeitsbewilligung erhalten. Da durch diese Verordnung die Existenz zahlreicher Juden bedroht erscheint, beabsichtigt eine Reihe jüdischer Organisationen durch eine Intervention bei der Regierung auf eine Milderung der neuen Bestimmung hinzuwirken. Im Hinblick auf die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage in Frankreich dürfte sich die Regierung nicht zu Konzessionen geneigt zeigen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Joachim Fink.
Druck und Verlag: Joachim Fink, Köln.

Unter Aufsicht der Ritualkommission der Synagogengemeinde stehen:

Wurstwarengeschäft Albert Abraham, Glockengasse 14, Brabanterstr. 10. Metzgerei Heinrich Schloß, Friedrichstraße 72. Metzgerei Bernhard Schön, Sternengasse 48. Metzgerei Jakob Fischer, Kämmergasse 13. Restauration Js. Juda Rheinlandloge, Cäcilienstraße 18—22. N. Förster, Blaubach 35. Butter und Käse, Anselm Feldmann, Alexianerstr. 41, Telefon Anno 2343. Kolonialwaren, Milch, Butter und Käse Elias Kohn, Bayardsgasse 22. S. Berger, Bayardsgasse 25. Wein und Spirituosen Dominitz, Kämmergasse 8. Bäckerei J. Ostrau, Alexianerstraße 13.



Glatte Wäsche gemangelt

Leibwäsche getrocknet

Telefon 92376 - 216270

Rufen Sie! 57656

die bekannte Kleiderpflege

Bügel-Fix

Inhaber Josef Herz
nur Brüsselerplatz 2, holt Ihre Garderobe ab.
Aufbügeln — Ausbessern — Kunststopfen
Preise für
Chem. Reinigung
Mantel 5.50 Anzug 6.50 Kleid ab 5.— RM.
Abholen und zustellen kostenlos.



Einzelne Auskünfte
ohne Entnahme von Anfrageheften
Auskunftei Bürgel
Köln, Neumarkt 37
Fernsprecher: Anno 21 19 41

Ziehung garantiert 11.—18. Februar!

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke.
51178 Gewinne u. 2 Prämien im Gesamtw. von Mark

Höchst- und Hauptgewinne:
465000
150000
100000
75000
50000
40000
20000
usw. usw.

Alle Gewinne bar abzüglich 10%.
Einzel-Los 1 M.
Doppel-Los 2 M.
(für ausw. Porto u. Liste 35 Pfg. mehr).
Glücksbrief:
5 Einzel-Lose 5 M.
5 Doppel-Lose 10 M.

Amtenbrink
Schildergasse 30
Postscheck Köln 60170.
Filialen nur:
Eigelstein 62 gegenüber Tietz.
Severinstr. 134 zw. Rosenstraße und Im Dau.
Ehrenfeld Venloer Straße 263 Ecke Thebäerstraße
Kalk KalkerHauptstr. 130
Mülheim Buchheimer Str. 21.



Berücksichtigt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Ein stürmischer Betrieb in allen Abteilungen des großen Tietz-Hauses. — Schnell hat es sich herumgesprochen, wie volkstümlich und vor allen Dingen wie zeitgemäß diese Serien-Angebote sind.

Die Lücken, die der erste Ansturm gerissen hat, sind aus den großen Reserve-Lägern wieder aufgefüllt. — Alles ist wieder bereit und

morgen geht's weiter!

Serien-Tage

TIETZ

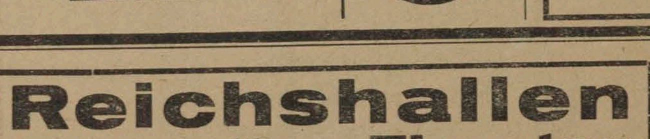
COLONIABAD
PANTALEONSWALL 42-44.
Fernsprecher 21 98 92

Medizin. Kur- und Badeanstalt für Damen. Schwedische und Dr. Kellog'sche Massagen, auch außer dem Hause — Schönheitspflege — Moderne Bestrahlungstherapie — Fulgur-, Hochfrequenz-, Polysonn-, Sollux-Höhensonne-Bestrahlungen. — Elektr. Vierzellen-, Hydro galvanische-, faradische-, Voll-, Teillicht- u. Wannen-Bäder
Samstags geschlossen. Sonntags vorm. geöffnet



H. TORBECK
BREITESTR. 147-151
DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN

Teppiche
Möbelstoffe
Gardinen
Bettwaren
Ganze Innenausstattungen



Heute u. folgende Tage abends 8 Uhr. 100% Erfolg
Der Meisteroperette von Georg Jarno
Försterchrist'l
Gretl Finkler a. G. Kammersänger Stieber-Walter (Staatsoper Berlin a. G.) Ferry von Gorup a. G. (von den Reinhardt-Bühnen Berlin) Jean-Trojanowsky-Ballet, Solotänzerin Tatjana Sawitzkaja, Mosk. Staatsth.
Neue Eintrittspreise
von 80 Pfg. — 5.00 MK. (Orchestersess.) Garderobe 30 Pfg.

FÜR VERSICHERUNGEN ALLER ART
NUR
VIKTORIA-VERSICHERUNG
Subdirektion J. Kaufmann
Köln, Hohenzollernring 13
Fernsprecher 51600 (nach Geschäftsschluß 50829)